



STANDPUNKTE

Argumente und Informationen aus der bayerischen Diakonie

Ausgabe 1/2005

Liebe Leserin,
lieber Leser,

„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“ Die Diakonie in Bayern hat sich für das Jahr 2005 ein schwieriges Thema gewählt – und hat es bereits gewichtig präsentiert: Die Box mit Materialien zum Jahresthema, darunter auch den Jahresbericht 2004, haben Sie bereits Ende Januar erhalten.

Wie notwendig der Einsatz der Diakonie für diese beiden Grundwerte Würde und Gerechtigkeit ist, zeigen die Schlagzeilen der letzten Tage: Rekordarbeitslosigkeit, die steigende Zahl armer Menschen in Deutschland – dahinter stehen Einzelschicksale, dahinter steht bedrohte oder bereits verlorene Würde. Der Streit zwischen den zuständigen Ebenen – etwa, ob bei der Eingruppierung von Sozialhilfeempfängern als arbeitsfähig im Sinne von Hartz IV das Einsparinteresse der Kommunen eine zu große Rolle gespielt hat – ist wenig hilfreich und schon gar nicht im Interesse der Betroffenen.

Betroffen von Arbeitslosigkeit und Armut sind auch die Kinder, was nicht zuletzt UNICEF in einer europaweiten Vergleichsstudie festgestellt hat. Demnach nimmt Deutschland bei der Kinderarmut im europäischen Vergleich den zwölften Platz ein, und das, obwohl die Sozialausgaben ähnlich hoch sind wie in anderen, weitaus weniger von Armut betroffenen Ländern.

Dass in Deutschland 1,5 Millionen Kinder von Sozialhilfe leben, ist schlicht eine Schande. Die Konsequenzen aus der Sicht der Diakonie sind eindeutig: Die Diskussion um soziale Sicherungssysteme darf sich nicht mehr einzig auf Fragen der Alters- und Krankenversorgung konzentrieren. Die Familienpolitik muss in Zukunft eine deutlich größere Rolle spielen – auf der Ebene des Bundes ebenso wie auf jener der Länder und Kommunen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr
Ludwig Markert

Dr. Ludwig Markert
Präsident des Diakonischen Werkes Bayern



„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“

– das Jahresthema der bayerischen Diakonie 2005 –

„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“ – Dieses Jahresthema der bayerischen Diakonie 2005 scheint auf den ersten Blick zwei verschiedene Inhalte anzusprechen: Würde und Gerechtigkeit. Doch bei genauem Hinsehen erkennt man: Es geht nur um eine, dafür um eine zentrale Frage: Welche Voraussetzungen müssen erfüllt sein, damit unser Leben gelingen kann?

Die erste Voraussetzung ist nicht etwa eine florierende Wirtschaft oder ein ausgeglichener Staatshaushalt im Interesse nachfolgender Generationen.

Die erste Voraussetzung für ein gelingendes Leben ist eine andere: Es ist ein bestimmtes Menschenbild und sich unser daran orientierendes politisches – im Sinne von „das Zusammenleben gestaltende“ – Handeln.

In Gefahr allerdings gerät diese Vorstellung von Gerechtigkeit, wenn Wert und Würde eines Menschen keine absoluten Begriffe mehr sind, sondern abhängig gemacht werden von seinen Beiträgen zum Bruttosozialprodukt, seiner Arbeits- und Leistungsfähigkeit, einem möglichen oder tatsächlichen Beitrag zum gesellschaftlichen Gesamtwohl. Kurz: Wenn die Voraussetzung für gelingendes Leben nicht mehr zur Richtlinie für unser Handeln wird.

Auf vielen Arbeitsfeldern der Diakonie droht der Verlust von Gerechtigkeit und Würde besonders virulent zu werden. Wir stehen, so scheint es, am Anfang einer Entwicklung, in deren Verlauf auf diese Grundwerte immer weniger Rücksicht genommen wird. Aus diesem Grund finden Sie in unserem Jahresbericht 2004 und in unserer neuen Image-Broschüre „Der gemeinsame Weg“ viele Instrumente benannt, mit denen sich die Diakonie für Würde und Gerechtigkeit einsetzt.

„Für Würde eintreten. Für Gerechtigkeit streiten.“ – Die Menschen, die in der bayerischen Diakonie arbeiten, tun dies, jeder und jede auf seine und ihre Weise und in seinem und ihrem Aufgabengebiet. Ob haupt- oder ehrenamtlich und unabhängig von Alter, Position oder Arbeitsfeld. Ob bei einem großen Träger oder in einem kleinen Diakonieverein.

Das Leitmotiv unseres Jahresthemas 2005 illustriert dies: Eine Altenpflegerin und die Leiterin einer Einrichtung. Eine Studentin und ein Zivildienstleistender. Und wer findig ist, kann übrigens auch Herrn Dr. Markert unter den Portraitierten entdecken. Das sind fünf von über 40.000 hauptamtlich Mitarbeitenden der Diakonie in Bayern: Ihr Anspruch ist es zu verhindern, dass Gerechtigkeit und Würde zur reinen Utopie werden. Dafür tritt die Diakonie in Bayern ein, und wenn es sein muss, wird sie auch dafür streiten.



**FÜR WÜRDE EINTRETEN.
FÜR GERECHTIGKEIT STREITEN.**

5 VON ÜBER 40.000 DANA NOWAK STUDENTINPFLEGERMANAGEMENT | DR. LUDWIG MARKERT PRÄSIDENT DES DIAKONISCHEN WERKES BAYERN E.V. | MARGARETE FALKNER SOZIALDIENTLEITERIN | STEFAN HOFFMANN ZIVILDIENTLEISTENDER | LULRIKE BADE SENIORENERGÄTERIN

Der Jahresbericht 2004 und die Image-Broschüre des Diakonischen Werkes Bayern sind erhältlich bei der Fachgruppe Kommunikation, Frau Renate Meinhardt, Telefon 0911/9354-208, meinhardt.renate@diakonie-bayern.de

MIT LEIB UND SEELE

Ihre
Diakonie



(K)ein Platz für Altenpfleger/innen?

Bayerische Diakonie fordert bessere Finanzierung der Ausbildungsplätze durch Umlage-Verfahren

Die Ausbildungssituation in der Altenpflege verschärft sich weiter. 3.200 Ausbildungsplätze für Altenpfleger/innen wurden im Schuljahr 2004/2005 benötigt, doch nur die Hälfte - 1.606 Plätze genau - konnten eingerichtet werden. Sie wurden fast ausnahmslos von stationären Einrichtungen der Altenpflege gestellt.

Zwar hatte der Gesetzgeber eine wesentlich breitere Ausbildung auch durch ambulante Einrichtungen und Dienste der offenen Altenhilfe vorgesehen. Doch aufgrund der unzureichenden Finanzierung ist es in der Regel nur den stationären Altenpflege-Einrichtungen möglich, Ausbildungsplätze anzubieten.

Die bayerische Diakonie fordert mit allem Nachdruck die Einführung des gesetzlichen Umlageverfahrens für die Altenpflege-Ausbildung, um dem Nachwuchsmangel in der Altenpflege zu begegnen.

zäher Verhandlungen erzielt worden. Jetzt darf unserer Ansicht nach die endlich erreichte, bessere personelle Ausstattung der stationären Pflegeeinrichtungen nicht der Finanzierung von Ausbildungsplätzen zum Opfer fallen.

Die Situation hat sich auch durch die Kürzung des monatlichen Schulgeldes weiter verschärft. Zu Beginn dieses Jahres hatte das bayerische Kultusministerium das monatliche Schulgeld von 250 Euro auf 200 Euro pro Auszubildenden gesenkt. Die Altenpflegeschüler/innen müssen jetzt 50 Euro monatlich aus eigener Tasche zahlen und sind damit gegenüber den Krankenpflegeschüler/innen deutlich benachteiligt.

Düstere Aussichten für die Zukunft

Die fehlende Ausbildungsumlage und die Kürzung des Schulgeldes werden auch im

Die Ausbildungszeit in der Altenpflege wurde von zwei auf drei Jahre verlängert. Dadurch fällt ein ganzer Jahrgang aus. Diese Lücken verschärfen die Lage und lassen sich nur durch eine sofortige bessere Finanzierung der Ausbildungsplätze mittelfristig wieder auffangen.



Gute Pflege ist mehr als nur „satt und sauber“ – Zeit für ein persönliches Gespräch ist wichtig.

Finanzknappheit führt zu Qualitätsverlust in der Pflege

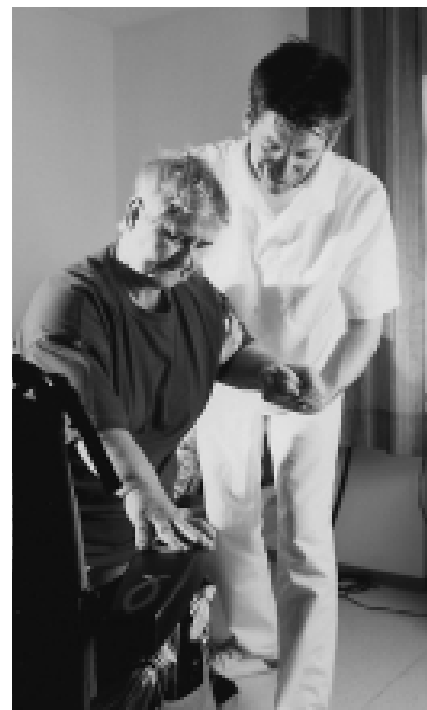
Die Pflegeeinrichtungen stehen finanziell stark unter Druck. Die Ausbildungsvergütungen sind aus dem Pflegesatz nicht erwirtschaftbar. Wohl wäre es möglich, die Ausbildungskosten dem Pflegesatz zuzuschlagen. Doch dann hätten Selbstzahler und Sozialhilfeträger ein deutlich höheres Entgelt pro Monat zu finanzieren.

Von vielen stationären Einrichtungen wird deshalb eine andere Lösung praktiziert: Sie rechnen die Ausbildungsplätze auf eine oder zwei Planstellen des regulären Stellenplans an – zu Lasten der personellen Qualität der Heime.

Der gegenwärtige Personalschlüssel ist von der bayerischen Diakonie in über 10 Jahren

neuen Ausbildungsjahr 2005/2006 nur ein unzureichendes Ausbildungsangebot ermöglichen. Schlimmer noch: Wenn nicht binnen kürzester Zeit Abhilfe geschaffen wird, werden die diakonischen Fachschulen ihre Angebote noch stärker reduzieren und in Einzelfällen sogar schließen müssen.

Diese Entwicklung ist um so bedauerlicher, als die starke Nachfrage nach Ausbildungsplätzen unvermindert anhält. Die Altenpflegeschulen hatten deutlich mehr Bewerbungen als sie an Plätzen bei den praktischen Ausbildungsträgern – den pflegerischen Einrichtungen – zur Verfügung stellen konnten. Einige hundert Ausbildungswillige fanden auf diese Weise keinen Ausbildungsplatz.



Auszubildende dürfen keine Pflegefachkräfte ersetzen – Professionalität und eine bessere Finanzierung sichern die Qualität der Altenpflege

Die Einführung der gesetzlichen Umlage ist unbedingt notwendig

Die bayerische Staatsregierung lehnt das gesetzliche Umlageverfahren ab mit dem Argument, dass die Einführung mit einem enormen Verwaltungsaufwand verbunden sei. Dies ist so nicht richtig. Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat dargelegt, dass zur Erhebung der notwendigen Umlage bei allen 3.500 Altenpflege-Einrichtungen in Bayern eine Stichtagshebung pro Jahr ausreicht. Alle Veränderungen können ein Jahr später dann im Vergleich mit den Daten des Vorjahres abgerechnet werden.

Die freie Wohlfahrtspflege hat ihren Beitrag geleistet und zu eigenen Lasten bereits die Hälfte der Ausbildungsplätze in der Altenpflege gestellt. Jetzt ist der Gesetzgeber am Zug. Ohne die Einführung der gesetzlichen Umlage wird sich der Mangel an Fachkräften in der Altenpflege weiter verschärfen.

Autor: Klaus Meyer
Funktion: Mitglied des Vorstands
Kontakt: meyer.klaus@diakonie-bayern.de

Hartz IV-Einführung nicht reibungslos

450 Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung im Raum der bayerischen Diakonie

Aus Sicht der Diakonie ist die Einführung des neuen Arbeitslosengeldes II nicht so reibungslos verlaufen, wie es Anfang des Jahres in den Medien zu lesen war. So ist nach Erfahrung der diakonischen Beratungsstellen der Beratungsbedarf wegen fehlerhafter oder nicht nachvollziehbarer Bescheide sprunghaft gestiegen. Von den Mitarbeitenden in den Stellen wird geschätzt, dass etwa die Hälfte der von Klienten vorgelegten Bescheide fehlerhaft sind. Der Andrang in den Beratungsstellen ist dabei so groß, dass Wartezeiten von bis zu drei Wochen unvermeidbar sind.

Bayernweit wird zudem uneinheitlich mit der Frage verfahren, welcher Wohnraum als angemessen zu betrachten ist. Entgegen gesetzlicher Vorgaben, die tatsächliche Miete für die nächsten sechs Monate zu überneh-

men, werden die Betroffenen aufgefordert, sich sofort nach einem günstigeren Wohnraum umzusehen, bzw. umzuziehen. In Regionen, wo bezahlbarer Wohnraum rar ist, schafft so eine Vorgehensweise mehr Probleme als sie beseitigt.

Ein besonderes Thema in der Beratung ist dabei die Frage, wie man mit dem Arbeitslosengeld II die täglichen Kosten decken soll. Insbesondere bei allein Erziehenden, die früher Sozialhilfe bezogen haben, werden Einkommenseinbußen gemeldet. So stehen einer allein Erziehenden mit zwei Kindern und einer geringfügigen Beschäftigung jetzt 150 Euro monatlich weniger zur Verfügung.

Eine große Rolle in der öffentlichen Diskussion haben die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung – die so genannten „1-Euro“-Jobs – gespielt, die auch

von Einrichtungen der Wohlfahrtspflege angeboten werden. Im Raum der bayerischen Diakonie sind gegenwärtig knapp 450 solcher Stellen eingerichtet worden, über weitere ca. 200 wird gegenwärtig verhandelt. Die Diakonie in Bayern hat sich allerdings, was die Einsatzmöglichkeiten von ALG-II-Empfängerinnen und -Empfängern in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung angeht, eindeutig positioniert: Selbstverständlich dürfen derartige Beschäftigungsmöglichkeiten beispielsweise keine „regulären“ Arbeitsplätze verdrängen. Im Bereich der Pflege oder der Menschen mit Behinderung sind solche Arbeitsgelegenheiten nur im Ausnahmefall möglich und sinnvoll; Phantasien der Politik, die schwierige Situation in der Pflege auf diese Weise zu lösen, sind für die Diakonie in Bayern absolut indiskutabel.

Rahmenkonzeption Straffälligenhilfe: Dokumentation fachlicher Standards



Die Diakonie setzt sich dafür ein, dass Straffällige nicht sozial isoliert und gesellschaftlich an den Rand gedrängt werden.

Diakonische Straffälligenhilfe stellt eine der Grundformen Diakonischen Handelns dar. Sie nimmt sich Menschen an, die gesellschaftlich an den Rand gedrängt und stigmatisiert werden, denen zeitlebens mit großen Vorurteilen begegnet wird.

Straffälligenhilfe innerhalb der Diakonie versteht sich als „Freie Straffälligenhilfe“ und unterscheidet sich von der „Justizförmigen Straffälligenhilfe“ u.a. dadurch, dass sie von Freiwilligkeit und Verschwiegenheit geprägt ist. Sie vertritt einen ganzheitlichen Aspekt bzw. Ansatz, der einerseits die persönlichen und sozialen Problemlagen, die die Ursache

straffälligen Verhaltens darstellen, berücksichtigt und andererseits Hilfen zur Verbesserung von Lebenslagen erfordert. Erweitert werden Hilfen im Umgang mit den Folgen von Straffälligkeit angeboten. Die Freie Straffälligenhilfe vermeidet eine Fokussierung auf Teilaspekte der Person und berücksichtigt in ihrem Hilfeansatz auch das soziale Umfeld der Betroffenen mit.

Freie Straffälligenhilfe hält Hilfeangebote im Zuge der Haftentlassungsvorbereitung als auch für die Zeit nach der Haft vor. Sie setzt

darauf, dass eine Verbesserung der Lebenssituation die Chance für eine Integration in das gesellschaftliche System vergrößert und somit auch ein wichtiger Beitrag zur Prävention geleistet wird.

Eine Rahmenkonzeption zur Straffälligenhilfe durch die bayerische Diakonie hat jetzt der Fachverband Gefährdetenhilfe im Diakonischen Werk Bayern vorgelegt.

Die Konzeption stellt die verschiedenen Aufgabenbereiche der Dienste und Einrichtungen der Straffälligenhilfe dar und erklärt ihre Wirkweisen, Ziele und Perspektiven.

Ziel ist es außerdem, vorhandene Konzepte weiterzuentwickeln, sich den neuen Herausforderungen in Politik und Gesellschaft zu stellen, und diesen Prozess im Sinne einer zukunftsfähigen „diakonischen“ Arbeit mitzugestalten.

Da sich die Straffälligenhilfe immer häufiger gegenüber Kostenträgern erklären muss, ist es nach Auffassung des Fachverbandes um so wichtiger, fachliche Standards zu vertreten und zu kommunizieren – insbesondere in einer Zeit, in der die Ursachen von Kriminalität in den Massenmedien kaum eine Rolle spielen, und der Ruf nach einem starken Arm des Gesetzgebers immer lauter wird.

Autor: Oliver Erhardt-Born
Funktion: Referent für Gefährdetenhilfe,
Schuldnerberatung, Bahnhofsmision
Kontakt: erhardt-born.oliver@diakonie-bayern.de

In Bayern gibt es derzeit in diakonischer Trägerschaft

- 7 Fachberatungsstellen der Straffälligenhilfe
- 7 stationäre Einrichtungen der Straffälligenhilfe

Die „Rahmenkonzeption Straffälligenhilfe“ wird derzeit neu herausgegeben und wird voraussichtlich ab April über das Diakonische Werk Bayern erhältlich sein, Ansprechpartner: Oliver Erhardt-Born, Referent für Gefährdetenhilfe, Schuldnerberatung, Bahnhofsmision, Tel. 0911/93 54 - 439, erhardt-born.oliver@diakonie-bayern.de

Mehr als eine Million Euro für die Flutopfer in Südostasien

Jetzt auch länderbezogene Spenden zum Wiederaufbau möglich

Weit über eine Million Euro Spenden für die Flutopfer in Südostasien sind mittlerweile beim Diakonischen Werk Bayern eingegangen. Die Diakonie Katastrophenhilfe in Stuttgart hat ihrerseits über 35 Millionen Euro an Spendenmitteln erhalten.

Bislang hatte in der Katastrophenregion Soforthilfe Vorrang. Bergungs- und Aufräumarbeiten, medizinische Hilfe, Seuchenprävention, Wasseraufbereitung sowie die Versorgung der Flutopfer mit Essen, Kleidung und provisorischen Unterkünften laufen auch weiterhin auf Hochtouren. Die Diakonie Katastrophenhilfe, Schwesterorganisation von „Brot für die Welt“ unter dem Dach des Diakonischen Werkes der EKD, steht den Notleidenden Menschen in dieser Phase bei. Durch ein enges lokales Partnernetzwerk ist die Katastrophenhilfe auch in Gegenden präsent, die sonst von jeder Hilfe abgeschnitten sind.

In der zweiten Phase der Hilfe geht es um den kostspieligen und längerfristigen Wiederaufbau der Region. Alle Maßnahmen müssen mit den kommunalen, regionalen und nationalen Behörden abgestimmt werden. Beson-

ders wichtig sind deshalb auch in dieser Phase lokale Partner, die von der Bevölkerung und den staatlichen Stellen akzeptiert werden.

Die Diakonie Katastrophenhilfe plant im Verbund mit kirchlichen Partnern und anderen Hilfsorganisationen den Wiederaufbau. Dafür stehen die Spenden zur Verfügung, die dank der enormen Hilfsbereitschaft der deutschen Bevölkerung eingegangen sind.

Die Flutwelle hat die Armut und die Menschenrechtsprobleme in den betroffenen Ländern verschärft. Gerade Fischer, Kleinbauern und ethnische Minderheiten leiden unter der Situation. Sie alle verfügen über keinerlei Rücklagen und benötigen langfristige Unterstützung. Ziel dieser sogenannten „dritten Phase“ der Hilfe, die von „Brot für die Welt“ unterstützt wird, ist es, die Armen in Asien weniger anfällig für Naturkatastrophen zu machen und sie zu stärken, ihre Stimme zu Gehör zu bringen und ihre Rechte einzufordern. Angesichts der langfristigen Auswirkungen der Katastrophe eröffnet „Brot für die Welt“ deshalb

die Möglichkeit, direkt für Menschen in den betroffenen Ländern zu spenden. Spenden, die zu den jeweiligen Stichworten eingehen, kommen den besonders armen und diskriminierten Menschen in Indien, Sri Lanka, Indonesien, Bangladesch und Somalia zugute. In den genannten Regionen arbeitet „Brot für die Welt“ seit vielen Jahren mit Partnerorganisationen zusammen. Schwerpunkte der Arbeit sind Projekte in den Bereichen Dorf- und Slumentwicklung, Fischereikooperativen, nachhaltiger Landbau sowie die Förderung von Frauen.

Weitere Informationen hierzu finden Sie unter www.brot-fuer-die-welt.de und www.brot-fuer-die-welt-bayern.de

**Brot
für die Welt**

Ein Stück Gerechtigkeit

Spendenkonto: ACREDO BANK
Konto-Nr. 55 55 50 · BLZ 760 605 61

Familie-Eltern-Altern

Neue Broschüre der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen



„Die Familie braucht ihre alten Menschen und die alten Menschen ihre Familie. Auf diesen einfachen Nenner könnte man die Botschaft dieser Broschüre bringen“, hieß es

im Vorwort der Publikation „Im Blickpunkt: Familie-Eltern-Altern“ aus dem Jahr 1993. Diese Broschüre hatte die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (EAF) gemeinsam mit dem Diakonischen Werk Bayern herausgegeben.

Das Thema Solidarität zwischen den Generationen ist nach über 10 Jahren genauso aktuell bzw. hat an Relevanz hinzugewonnen. Die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern (EAF) hat deshalb die seit längerem vergriffene Broschüre „Familie-Eltern-Altern“ aktualisiert und neu aufgelegt. Angesichts des Alterungsprozesses in der Gesellschaft, der in den kommenden Jahrzehnten noch augenfälliger werden wird, scheint das Verhältnis zwischen den Generationen zunehmend aus dem Gleichgewicht zu geraten. Immer häufiger ist das Wort „Generationenkonflikt“ oder gar „Krieg der Generationen“ zu hören.

Die 64-seitige Broschüre stellt in 20 Aufsätzen und Artikeln dar, wie Familien zum Lebens- und Begegnungsraum für die Generationen werden können. Neben theoretischen Darstellungen über die Folgen einer langlebigen Gesellschaft kommt auch der praktische Anteil nicht zu kurz. So enthält die Broschüre Checklisten zum Thema „Pflege von Angehörigen“ und informiert über Patientenverfügungen ebenso wie über das meist verdrängte Thema Erbschaft. Ein umfangreicher Literatur- und Adressteil rundet das Heft ab.

Die Broschüre sensibilisiert für das Thema Generationenarbeit und beschreibt ausführlich die Unterstützungsangebote der Diakonie für Familien und deren Angehörige.

Die Broschüre kann bei der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen in Bayern, Pirkheimerstraße 6, 90408 Nürnberg, angefordert werden. Telefon 0911/9354-270 oder unter info@eaf-bayern.de

Impressum

Herausgeber: Diakonisches Werk Bayern e.V.

Redaktion: Fachgruppe Kommunikation
Pirkheimerstraße 6
90408 Nürnberg

Postadresse: Postfach 120320
90332 Nürnberg
Tel.: 09 11 / 93 54 - 204
Fax: 09 11 / 93 54 - 215
info@diakonie-bayern.de
www.diakonie-bayern.de

Erscheinungstermin: März 2005

Druck und Gestaltung: Druckerei Ulrich, Nürnberg

Fotos: Andreas Bohnstengel
© Diakonisches Werk Bayern e.V.

Alle Beiträge, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus der Fachgruppe Kommunikation.